

Ein neues Kapitel für Brandenburg: Zusammenhalt - Nachhaltigkeit - Sicherheit

Gemeinsame Koalitionsvereinbarung von SPD, CDU und Bündnis 90 Die Grünen

Wir kämpfen mit vorsorgender und aktivierender Bildungs- und Sozialpolitik dafür, dass jedes einzelne Kind im Land seine Möglichkeiten in vollem Umfang ausschöpfen kann.¹

Die Träger der öffentlichen Juh der vorliegenden Koalitionsvereinbarung wird die Verbesserung der Lebenssituation von Kindern (58x), Jugendlichen (10x), Eltern (11x) und Familien (33x) direkt als landespolitisches Ziel thematisiert.

Dabei geht es um die Themenfelder Bildung, Förderung, Kindertagesbetreuung, Kinderrechte, Politik, Demokratie und Beteiligung, Geschlechtergerechtigkeit sowie Integration.

Sehr ausführlich nimmt die Koalition Bezug auf Kinder, Jugendliche und deren Familien unter dem Punkt Kinderschutz und Chancengleichheit.

Kinderschutz und Chancengerechtigkeit²

Die Koalition wird die „**Netzwerke Gesunde Kinder**“ bis zum 6. Lebensjahr der betreuten Kinder weiterentwickeln und die Mittel um 2 Mio. Euro erhöhen. Darüber hinaus streben wir an, über eine engere Kooperation der Netzwerke mit dem Bundesprogramm „**Frühe Hilfen**“ Synergieeffekte zu schaffen.

Wir werden ein **Kinderschutzgesetz** erarbeiten, das einheitliche Standards festschreibt und das Kindeswohl in den Mittelpunkt stellt.

Außerdem wird die Koalition eine Landesbeauftragte bzw. einen **Landesbeauftragten (Kinder und Jugendbeauftragte/r)** einsetzen, um die Bedürfnisse der Kinder im Blick zu behalten und Kinder und Jugendliche zu vertreten.

Das bestehende Angebot des **Kinder- und Jugendtelefons** wird bekannter gemacht und ausgeweitet.

Außerdem kommt den **Fachberatungsstellen und Präventionsprojekten gegen sexuelle Gewalt** besondere Bedeutung zu. Die Koalition wird diese Einrichtungen stärker als bisher unterstützen.

Die Koalition räumt der **Bekämpfung von Kinderarmut** einen hohen Stellenwert ein.

Das beste Mittel gegen Kinder- und Familienarmut sind **armutsfeste Löhne** der Eltern und gleichberechtigte

Zugänge von Kindern zu Bildung, Gesundheitsförderung und gesellschaftlicher Teilhabe. Armut führt zu sozialer Ausgrenzung, die oft ein Leben lang wirkt. Um dem vorzubeugen, bedarf es einer Gesamtstrategie. Die

Koalition wird die vorhandenen Projekte und Maßnahmen auf der Basis der Handlungsempfehlungen des „Runden Tisches gegen Kinderarmut“ umsetzen und weiterentwickeln sowie allen Kindern, die einen Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket haben, einen freien und unbürokratischen Zugang zu Bildungs-, Kultur-, und Sporteinrichtungen ermöglichen.

Wir prüfen, eine **Bildungskarte** sowie einen **Sozialfonds für Kitas und Horte** einzuführen.

Wir setzen uns dafür ein, eine **bedarfsgerechte Kindergrund-sicherung** auf Bundesebene einzuführen – wobei sichergestellt werden muss, dass das Geld bei den Kindern ankommt.

Die Koalition wird die **Verbraucherinsolvenzberatung** stärken und die landesrechtlichen Ausführungsvorschriften dazu weiterentwickeln.

Die **Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen** in ihrer Pluralität werden quantitativ und qualitativ festgeschrieben und die Maßnahmen zur **Familienerholung** fortgeführt.

Damit die **Stiftung „Hilfe für Familien in Not - Stiftung des Landes Brandenburg“** auch künftig ihren Beitrag im Kampf gegen Kinderarmut leisten kann, wird

sie in Zeiten drohender Unterfinanzierung für die Verwaltungskosten mit Landesmitteln unterstützt.

Wir wollen die Kommunen bei der Vermeidung und Behebung von (drohender) **Wohnungs- und Obdachlosigkeit** unterstützen. In enger Zusammenarbeit mit den Kommunen wird eine belastbare Datengrundlage erarbeitet, die Orientierung für weitere Maßnahmen und Hilfsangebote gibt.

Weiter wurde im Rahmen der Regierungskoalition mit Blick auf die Verbesserung der Lebens- und Aufwuchsbedingungen von Kindern und Jugendlichen Folgendes vereinbart:

Die Koalition setzt sich dafür ein, dass das Modell der **Jugendberufsagenturen** in Brandenburg künftig flächendeckend etabliert wird. Damit werden insbesondere die Angebote der Agentur für Arbeit, des Jobcenters und des Jugendamts rechtskreisübergreifend unter einem Dach gebündelt.³

Kinderrechte sind Menschenrechte. ... Die Koalition wird ein Konzept zur **Umsetzung der Kinderrechts-Charta** in Brandenburg vorlegen und unterstützt die Initiative „**Kinderrechte ins Grundgesetz**“.⁴

Die Koalition wird die Ausgestaltung der in der Kommunalverfassung verankerten Kinder- und Jugendbeteiligung von Landesseite aus unterstützen. Dazu wird die Koalition das **Kompetenzzentrum Kinder- und Jugendbeteiligung stärken**.⁵

Die Aktivitäten zur Sicherung der

Qualität der Kinder- und Jugendheime werden weiter unterstützt und die **Fachaufsicht in der Jugendhilfe** gestärkt. Für Konfliktsituationen zwischen Betroffenen und dem Jugendamt wird die Koalition eine **Ombudsstelle** einrichten, die für Jugendliche leicht erreichbar ist.⁶

Wir werden das gute Netz an **Zufluchts- und Beratungsangeboten für von Gewalt betroffene Frauen** (Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Zufluchtswohnungen) erhalten und weiterentwickeln. ... Die Finanzierung der Frauenhäuser soll die bedarfsgerechte Angebotsstruktur gewährleisten, die Qualität sichern und die **Kooperationsbeziehungen im Gemeinwesen, wie z. B. mit der Kinder- und Jugendhilfe** oder der Polizei, stärken.⁷

Die **Unterbringung von Familien mit Kindern in Gemeinschaftsunterkünften** nach dem Landesaufnahmegesetz soll auf die Dauer von zwölf Monaten begrenzt werden.⁸

1 https://www.rbb24.de/politik/wahl/Landtagswahl/beitraege/koalitionsvertrag-brandenburg-2019.file.html/Koalitionsvertrag_Endfassung.pdf, S. 3

2 ebenda, S. 46

3 ebenda, S. 30

4 ebenda, S. 35

5 ebenda, S. 35

6 ebenda, S. 35

7 ebenda, S. 48

8 ebenda, S. 50

Kontakt:
Fachstelle Kinderschutz
im Land Brandenburg
c/o Start gGmbH
Fontanestraße 71
16761 Hennigsdorf
E-Mail: info@start-ggmbh.de
www.fachstelle-kinderschutz.de